

**FU-BERLIN  
INSTITUT FÜR ETHNOLOGIE  
SCHWERPUNKT SOZIALANTHROPOLOGIE**

# **SOZIALANTHROPOLOGISCHE ARBEITSPAPIERE**

**geschäftsführende Redaktion:  
Julia Eckert**

**Nr. 77**

**Julia Eckert**

**Kalter Frieden in Bombay:  
Zur Koexistenz von Hindus und Muslimen unter der Shivsena**

**1999**

**Das Arabische Buch # Horstweg 2 # 14059 Berlin  
ISSN 0932-5476  
Tel. 030/322 85 23  
e-mail: [info@das-arabische-buch.com](mailto:info@das-arabische-buch.com)**

## **Zur Herausgabe der "sozialanthropologischen Arbeitspapiere"**

Die Herausgabe der sozialanthropologischen Arbeitspapiere ist eine Initiative des Schwerpunkts Sozialanthropologie am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin. Absicht der Reihe ist es, erste Berichte aus noch unabgeschlossenen Forschungen einer Fachöffentlichkeit vorzustellen und zugänglich zu machen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf eigenen empirischen Untersuchungen innerhalb des Spektrums ethnologisch-sozialanthropologischer Forschung.

geschäftsführende Redaktion:  
Julia Eckert

Herausgeberbeirat:

Erdmute Alber  
Ayse Çağlar  
Georg Elwert  
Ute Luig  
Peter Probst  
Shalini Randeria  
Friedhelm Streiffler (HU Berlin)  
Thomas Zitelmann

## **Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme**

### **Eckert, Julia:**

Kalter Frieden in Bombay: zur Koexistenz von Hindus und Muslimen  
unter der Shivsena / Julia Eckert. – Berlin : Das Arab. Buch, 1999  
(Sozialanthropologische Arbeitspapiere ; Nr. 77)  
ISBN 3-86093-216-0

Anschrift der Redaktion: Institut für Ethnologie  
Drosselweg 1-3  
D-14195 Berlin  
Tel: (030) 838 6725  
Fax: (030) 838 6728

**Kalter Frieden in Bombay:  
Zur Koexistenz von Hindus und Muslimen unter der Shivsena**

**von**

**Julia Eckert**

**Berlin 1999**

**Sozialanthropologische Arbeitspapiere**

**FU-Berlin - Institut für Ethnologie**

**Schwerpunkt Sozialanthropologie**



## **Kalter Frieden in Bombay:**

### **Zur Koexistenz von Hindus und Muslimen unter der Regierung der Shivsena<sup>1</sup>**

Julia Eckert

#### **1. Chronik eines angekündigten Pogroms**

Im Winter 1992/1993 wurde Bombay von schweren Ausschreitungen zwischen Hindus und Moslimen erschüttert.<sup>2</sup> Die Unruhen begannen am Abend des 6. Dezember, nachdem in ganz Indien die Zerstörung der Babri Moschee in Ayodhya bekannt geworden war. Die Geschichte der Babri Moschee, die nach jahrelanger Agitation von Seiten hindu-nationalistischer Gruppen, insbesondere der VHP (Vishwa Hindu Parishad), nach fehlgeschlagenen Versuchen, den Konflikt auf juristische oder politische Weise zu regeln, mit Hämmern, Brecheisen und bloßen Händen zerstört wurde, soll hier nicht zum Thema werden. In Reaktion auf die Nachricht der Zerstörung brachen in Bombay wie in vielen anderen Städten Indiens am 6. und 7. Dezember Unruhen aus. Während in Zentral- und Süd-Bombay Gruppen jugendlicher Muslime zu randalieren begannen, Busse, Taxis und Ampeln angriffen, organisierten Shiv Sena und BJP (Bharatia Janata Partei - eine Hindu-nationalistische Partei, die seit Februar 1998 in einer Koalitionsregierung Indien regiert) an verschiedenen Orten in Bombay Siegeszüge, um die Zerstörung der Moschee zu feiern, obwohl die Polizei eine Versammlungssperre verhängt hatte. In den nächsten Tagen wechselten sich Angriffe durch muslimische Gruppen auf öffentliche Einrichtungen, Busse, Polizeiposten und einige Tempel mit Angriffen von Shiv Sena Anhängern (Sainiks) auf muslimische Wohnviertel und Lagerhäuser, auf Moscheen und muslimische Slums ab. Die Polizei ging massiv gegen Muslime vor. In Terroraktionen wurden willkürlich muslimische Männer festgenommen und

---

<sup>1</sup> Die Forschung fand im Rahmen des am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin durch die VW-Stiftung geförderten Projektes "Konflikttreiber-Konfliktschlichter" statt.

<sup>2</sup> Detaillierte Berichte über die „riots“ in: Padgaonkar 1993, Daud/Suresh 1993, Ekta Samiti 1993, CPDR 1993.

gefoltert. Auf muslimische Randalierer wurde ohne Warnung scharf geschossen; über 200 Menschen fielen Polizeikugeln zum Opfer.

Die Unruhen dauerten bis zum 13. Dezember an. Bis zu diesem Datum waren 227 Menschen umgekommen, die meisten davon Muslime, 90% durch Schüsse der Polizei. Nachdem die Ausgangssperre aufgehoben worden war und die Lage sich beruhigt hatte, begann die Shiv Sena, regelmäßig vor den Tempeln der Stadt öffentliche Gebetszeremonien, "Maha Aartis", abzuhalten. Die erste "Maha Aarti" hatte sie schon am 11. Dezember als eine Antwort auf die Beanspruchung des öffentlichen Raums durch die Freitagsgebete der Muslime organisiert. Die Maha Aartis waren organisiert worden, um "die Straßen für Hindus zurückzuerobern und die Politik des Appeasement gegenüber der muslimischen Minderheit zu beenden" (Bal Thackeray in "Saamna"). Tausende nahmen in den folgenden Wochen daran teil (CPDR, 1993, 71). Bis zum 5. Januar kam es aber nur zu vereinzelt lokalen Ausschreitungen und Angriffen zwischen Hindus und Muslimen. Am 5. Januar wurden im Stadtteil Dongri zwei Hindu-Hafenarbeiter, beide Muslime, erstochen aufgefunden. Die Hintergründe des Mordes blieben ungeklärt, aber am 6. Januar brachen in Central Bombay, Dharavi, Mahim und anderen Gegenden wieder Unruhen aus. In Jogeshwari wurden nach dem Maha Aarti verschiedene muslimische Läden angezündet. Im gleichen Stadtteil wurde in der Nacht zum 8. Januar eine Hindu-Familie in ihrem Haus eingeschlossen und verbrannt. Die Verbreitung dieser Nachricht löste die gewalttätigste Phase der Unruhen aus: vier Tage lang wurden die Häuser und Wohnungen, die Läden und Büros von Muslimen von marodierenden Trupps geplündert und in Brand gesteckt. Muslime selbst wurden erstochen, verbrannt und erschlagen. Von den umliegenden Hochhäusern, Eisenbahnbrücken und Dämmen mit Molotow Cocktails beworfen, gingen muslimische Slums in Flammen auf.

Die Polizei schritt nicht ein. Im Gegenteil: viele Opfer bezeugten die Beteiligung von Polizisten an den Angriffen<sup>3</sup>. Auch die Armee, die am 9.1. in der Stadt eintraf und unter das Kommando der Polizei gestellt wurde, erhielt keinen Auftrag, die Unruhen zu beenden.

---

<sup>3</sup> Aufnahmen des Polizeifunks bestätigen dies (CPDR 1993).

Den Ausschreitungen im Januar fielen nach Zählungen der Polizei 557 Menschen zum Opfer, 30 % starben durch Polizeischüsse, 13 % in den Flammen der Brandstifter und der Rest durch Angriffe militanter Gruppen. Mindestens 65% der Toten waren Muslime, die 15% der Bevölkerung in Bombay ausmachen. Ca. 200 000 Menschen flohen aus der Stadt. Dies sind die offiziellen Zahlen; viele, die vermißt wurden, deren Leichen unauffindbar waren, wurden nicht registriert, obwohl die Verbrennung und anderweitige Beseitigung von Opfern von vielen bezeugt wurde.

Ich habe mich bemüht, die Unruhen im Dezember und Januar als zwei parallele Ereignisse darzustellen, um die Unterschiede dieser zwei Ausschreitungen, die meist als zwei Phasen eines Konflikts dargestellt werden, deutlich zu machen. Fast alle Berichte gehen davon aus, daß es ein relativ "führungsloser" muslimischer Mob war, der im Dezember spontan zu randalieren begann, als die Nachricht von der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya bekannt wurde. Die Wut der Randalierer richtete sich vor allem gegen Staat und Polizei - nicht gezielt gegen Hindus. Obwohl es während der Unruhen im Dezember auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Hindus kam, insbesondere im Zusammenhang mit den "Siegesfeiern" der Shiv Sena und der BJP, galten die Angriffe der Muslime nicht Hindus oder deren Eigentum, sondern hauptsächlich öffentlichen Einrichtungen und der Polizei, die zu extremen Vergeltungsmaßnahmen griff.

Die Januar-Ausschreitungen waren anders geartet: Sie begannen mit Zusammenstößen zwischen Hindus und Muslimen und verwandelten sich ab dem 9. Januar in ein regelrechtes Pogrom, bei dem gezielt Muslime angegriffen und muslimisches Eigentum vernichtet wurden. Während man in den Unruhen im Dezember auf Seiten der Muslime abgesehen von einigen Lautsprecheransprachen in den Moscheen keine politische Organisation feststellen konnte, traten in den Ausschreitungen im Januar zahlreiche Zeichen der Planung und Vorbereitung zu Tage: Über Wählerlisten waren die Wohnungen und Häuser von Muslimen und muslimisches Eigentum gekennzeichnet worden. Waffentransporte in den Ambulanzen der Shiv Sena und den Privatautos ihrer Abgeordneten brachten Arsenale von Knüppeln bis zu Gewehren gezielt an die Brennpunkte. An vielen Orten bezeugten Opfer, die Angreifer seien Shiv Sainiks gewesen. Die maßgebliche Rolle der Sena wird

durch die Leitartikel ihres Organs "Saamna" und den von ihr organisierten Maha Aartis offensichtlich. Hier wurden effizient Gerüchte verbreitet und zur Gewalt aufgerufen. Am 8. Januar nannte Bal Thackeray, der Führer der Shiv Sena, die Muslime Indiens *"one of Pakistan's seven atom bombs."* Am 9. Januar hieß es: *"Muslims of ... the areas we call mini-Pakistan ... took out their weapons. They must be shot on the spot."* Und am 12. Januar war es der Leitartikel Bal Thackerays in "Saamna", dem Organ der Shiv Sena, der die systematischen Angriffe auf muslimisches Eigentum mit der Feststellung beendete, daß den "Fanatikern" nun "eine Lektion erteilt" worden sei. (In den folgenden Wochen drohten die Leitartikel mit weiteren Unruhen, falls "die Minderheiten weiterhin beschwichtigt" würden. (15.1.)) In einem Interview mit Anita Pratap für Time Magazine<sup>4</sup> im Januar 1993 rechtfertigte Bal Thackeray das Pogrom:

*"Muslims started the riots, and my boys are retaliating. Do you expect Hindus to turn the other cheek? I want to teach Muslims a lesson. ... They (the Muslims) are not prepared to accept the rules of this land. They don't want to accept birth controll. They want to implement their Sharia in my motherland. Yes, this is the Hindus motherland. ... Have they (the Muslims) behaved like the Jews in Nazi Germany? If so, there is nothing wrong if they are treated as Jews were in Nazi Germany. ... I hope the Muslims have understood the lessons well. ... Yes, I am the person fighting for justice. (The mobs) are under my control. ..."*

## **2. Die Koexistenz**

Die Koexistenz begann nach den Bombenanschlägen vom März 1993. Am 12. März gingen 10 Bomben an verschiedenen öffentlichen Gebäuden, wie der Börse und dem Air India Gebäude innerhalb von wenigen Stunden hintereinander hoch. Heute geht man davon aus, daß sie von Dawood Ibrahim, einem muslimischen "Don" der organisierten Kriminalität finanziert, von Tiger Menon, einem seiner "Leutnants", organisiert und von verschiedenen lokalen

---

<sup>4</sup> Als Pratap bei der Untersuchungskommission unter dem Richter Shri Krishna als Zeugin aussagen sollte, hatte sie die Bänder mit dem Interview gelöscht.



Gangs und Einzelpersonen durchgeführt wurden. Es gibt CBI (Central Bureau of Investigation) Berichte, die darauf hinweisen, daß die Waffenlieferungen an bestimmte Adressen (im Stadtteil Mahim) nicht nur der Polizei, sondern auch höheren Autoritäten bekannt waren (die, so die Begründung, die Autorität von Rivalen aus dem eigenen Lager unterminieren wollten, indem sie den Terroranschlag zuließen.) Es wird daher von vielen um Verständnis und Aussöhnung Bemühten immer wieder betont, daß an den Bombenanschlägen viel mehr Hindus als Muslime beteiligt gewesen sein müssen, da sich an den verantwortlichen Stellen beim Zoll, in der Polizei und anderen Institutionen weniger als nur 1% Muslime fänden. Angeklagt sind aber Muslime, die seit 1993 unter der TADA-Gesetzgebung im Gefängnis sitzen. Nur wenige, wie der Filmschauspieler Sanjay Dutt oder der Politiker und Geschäftsmann Abu Asim sind gegen Kautions freigegeben.

Die Bombenanschläge, bei denen 317 Menschen ums Leben kamen, werden fast einstimmig abgelehnt. Aber: Von Muslimen werden die Anschläge gleichzeitig als ihre "Rettung" verstanden. "Wären die Bomben nicht gewesen, hätten sie uns vernichtet." war eine Aussage die sich in zahlreichen Interviews wiederholte. Diese Angst, diese Einschätzung der eigenen Situation nach den Ausschreitungen im Januar hörte man von Muslimen verschiedenster sozialer und ideologischer Herkunft. Nach den Ausschreitungen hätte man sein Haupt nicht heben können, man wäre in den Zügen bedroht und belästigt worden, man wäre auf der Straße beschimpft worden, die Frauen hätten nicht mehr alleine aus dem Haus gehen können. Eine Mischung aus Angst und Scham scheint vielen das Gefühl vermittelt zu haben, keine Zukunft in Indien zu haben. Es gab tatsächlich nach den Ausschreitungen Vorfälle, in denen Muslime bedroht und mißhandelt wurden.

Viele Muslime meinten, die Hindus hätten auf Grund der Bombenanschläge Angst bekommen, eine weitere militante Bewegung (wie im Punjab) könne in Nordindien Terror säen. Manche Muslime betonen eher die Angst des Einzelnen vor der unberechenbaren Gewalt solcher Terroranschläge, die jeden treffen kann; andere betonen eher die Staatsräson, die eine terroristische Eskalation verhindern wollte. Es haben sich in dieser Zeit wohl einige Gruppierungen von muslimischen "Professionelles" gebildet, die kleinere Bombenanschläge auf Eisenbahnschienen und andere infrastrukturelle

Einrichtungen verübten, die sich aber auch wieder schnell auflösten. Dies hat sich nach den Ausschreitungen in Coimbatore 1997 wiederholt. Es gab wohl auch von Seiten einer Gruppierung namens "Al Mujaheddin" einen Aufruf, zu den Waffen zu greifen.

Man hört von Hindus nichts über die von Muslimen angenommene Angst vor einer muslimischen Untergrundorganisation. Für die meisten sind die Bombenanschläge ein von Dawood Ibrahim u.U. im Auftrag des pakistanischen ISI (Geheimdienstes) organisierter Terroranschlag auf den indischen Staat, in den die Mafia viele sonst friedliche Muslime auf Grund deren Angst und Wut nach den Riots verwickeln konnte. Interessanter Weise sehen vor allem Muslime die Bomben als einen gezielten Racheakt auf die Ausschreitungen, der u.U. noch das Ziel hatte, Dawood Ibrahim als einen seiner Religionsgemeinschaft verpflichteten Schutzherrn darzustellen, um sich dort eine Infrastruktur aufrechtzuerhalten (die inzwischen angeblich vor allem der ISI nutzt, der Dawood in Karachi unter Hausarrest hält).

Es ist nicht klar, ob Dawood von seiner Intervention in Hinblick auf eine Infrastruktur für seine illegalen Wirtschaftsoperationen profitieren konnte. Heute wird vor allem Tiger Menon für die Anschläge verantwortlich gemacht. Es wurde mir immer wieder von einem Dawood-Mythos unter den muslimischen Jugendlichen berichtet. Mir ist dieser Mythos nicht begegnet. Es sind eher Kampfsportfilmstars, die den Kult um die Selbstverteidigung des Underdogs symbolisieren (z.B. Van Damme). Es mag den Mythos geben, und er mag mir aus verschiedenen Gründen nicht geschildert worden sein. Es wurde aber deutlich, daß viele, die dem Dawood-Mythos selber nicht anhängen, ihn bei männlichen muslimischen Jugendlichen vermuten, sei es - in der benevolenten Version - daß diese auf Grund der mangelnden Integration in die Gesellschaft und dem daraus resultierendem Mangel an Identifikation mit den nationalen Helden die Anti-Helden glorifizieren, sei es - in der anti-muslimischen Variante - daß sie auf Grund verschiedener kultureller Eigenschaften zur Kriminalität neigten. Es ist nun aber die Frage, ob es diesen Mythos des Dawood wirklich gibt oder ob es ein Mythos ist, daß es einen Mythos gibt.

Was auch immer die Bedeutung der muslimischen Gangster sei, und was auch immer deren Rolle in den Bombenanschlägen vom März 1993 war, deutlich

wurde, daß die Bombenanschläge für die Muslime eine große Bedeutung hatten und vielen eine defensive Absicherung suggerierten, die ihren Verbleib in Indien wieder möglich machte. "Denn wo sollen wir denn hin. In Pakistan behandeln sie uns (die indischen Muslime) noch schlimmer!" (ein Verweis auf die Mohajirs, die zur Zeit der Teilung aus Indien nach Pakistan geflohenen Muslime und den Konflikt zwischen Regierung und MQM in Karachi).

## **2.1. Schuldzuschreibungen**

Während die Schuld an den Bombenanschlägen allgemein der D-Gang zugeschrieben wird, ist die Verortung der Schuld oder Verantwortung für die Januar-Ausschreitungen sehr unterschiedlich. Die einen machen die Shiv Sena verantwortlich; die anderen einen unbestimmbaren "Mob" von Armen und Ungebildeten; wieder andere sehen sie als ein Machwerk der Gangster; für die meisten ist es "die Politik" und "die Politiker", die für die Ausschreitungen verantwortlich sind. Die verschiedenen Schuldzuschreibungen werden von bestimmten Gruppen vertreten. So vertreten Shiv Sena Mitglieder heute häufig die Ansicht, daß es die Gangster gewesen seien, die arme und unwissende Menschen gegeneinander aufgestachelt hätten, um selber Gewinne zu machen und dabei den Namen der Shiv Sena benutzt hätten. Heute vertreten sie im Zusammenhang mit den Ausschreitungen im Januar nicht mehr die Auffassung, daß den Muslimen damit eine notwendige Lehre erteilt worden sei. Obwohl sie meist Muslime als fundamentalistisch, Indien gegenüber unloyal, als intolerant und als eine wirtschaftliche Belastung ansehen, befürworten sie die Ausschreitungen öffentlich nicht mehr.

Die These, daß es der Mob der Entrechteten, der Ungebildeten gewesen sei, der in primordialistischer Wut losgeschlagen hätte, wird zumeist von Angehörigen der oberen Mittelklasse mit privilegierter Bildung aber durchaus einem Verständnis für den "primordialen Haß" auf die Muslime vertreten.

Muslime machen die Shiv Sena verantwortlich für die Januar-Ausschreitungen, sehen aber meist auch die Interessen anderer politischer Gruppen im Spiel. So wird die frühere Regierungspartei Congress (I) als der eigentliche Verräter an den Muslimen Indiens ausgemacht, weil die Regierung in Delhi die Zerstörung

der Babri Moschee nicht verhindert habe, obwohl sie sich vorher deren Schutz zur Aufgabe gestellt hatte. "Rao thought that the BJP would lose its main issue with the demolition of the Babri Masjid in Ayodhya and would thus dissolve. He laid the blame on the state governor but was in fact approving of the demolition because he believed it would do away with the Congress' main Rival, the BJP" (Zafdar Jung).

In Bombay erhält diese Schuldzuweisung weitere Schärfe, als die Rivalitäten zwischen den Congress-Politikern Sharad Pawar und dem damaligen Chief Minister Naik dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Regierung untätig blieb und der Armee keinen Auftrag gab, die Ausschreitungen zu beenden.

Dieser Sicht hängen auch die meisten derjenigen an, die sich um eine gerichtliche Klärung der Verantwortung bemühen und/oder sich für die Schlichtung des Konflikts einsetzen.

Muslime unterscheiden in Hinsicht auf die zwei Phasen der Unruhen. Für die Dezember-Ausschreitungen machen sie die ohnmächtige Wut muslimischer Jugendlicher im Angesicht der Zerstörung der Babri-Moschee verantwortlich. Allerdings liegt die Schuld für die Eskalation und die vielen Toten ihrer Ansicht nach bei der Polizei, die ohne Vorwarnungen und ohne vorher Wasserwerfer oder Gummigeschosse eingesetzt zu haben, scharf schoß, und zwar nicht in Beinhöhe, sondern vielfach in die Brust und in den Kopf. Es wird von manchen derer, die sich um bessere Beziehungen zwischen Polizei und muslimischer Bevölkerung bemühen, betont, daß die Polizei völlig unvorbereitet und überfordert gewesen sei, daß viele Polizisten angesichts des Mobs in Panik geraten seien und später auch Nervenzusammenbrüche erlitten hätten. Auch Polizisten berichten von ihrem Schrecken und dem Problem, das sie damit haben, Feuer auf eine Menge eröffnet zu haben. Vorherrschend unter den Muslimen und Menschenrechtsaktivisten ist jedoch die Ansicht, daß vor allem die unteren Ränge der Polizei der Shiv Sena angehörten, und daß die meisten der Polizisten anti-muslimisch eingestellt seien. Dies sei auch dadurch erwiesen, daß die Polizei auf "den Mob" im Januar keineswegs mit Panik reagierte, sondern sich zurückgezogen und gar an den Ausschreitungen gegen Muslime und deren Eigentum beteiligt habe. Es gibt Aufzeichnungen verschiedener Funkgespräche der Polizei, die dies belegen (siehe die Berichte

der Menschenrechtsgruppen zu den Ausschreitungen). Die Dominanz der Hindus in den Polizeikräften und die mangelnde Säkularisierung findet auch darin Ausdruck, daß fast jede Polizeistation und viele Behörden mit Hindutempeln oder zumindest Statuen hinduistischer Götter ausgestattet sind.

Vielfach wird (von Hindus und der Polizei) die Meinung geäußert, daß es im Dezember nicht zu Ausschreitungen gekommen wäre, hätte der BBC nicht wiederholt die Bilder der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya gezeigt, die die Muslime aufgestachelt hätten. Daher befürworteten nicht nur die Polizei, sondern auch zahlreiche Sozialarbeiter und Journalisten eine Nachrichtenzensur gegenüber kommunalistisch besetzten Themen. "The freedom of expression does not extend to the loss of life." (P.Sainath) Eine solche wurde in machen erfahrungsgemäß "empfindlichen" Gebieten wie z.B. der Industriestadt Bhivandi, in der 1984 heftige Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen stattfanden, durchgeführt und hat nach Aussagen der Polizei dazu beigetragen, daß dort 1992 Ausschreitungen verhindert werden konnten. Warum es 1992 in diesen "Ausschreitungen-Prone-Areas" zu keinen Zwischenfällen kam, ist aber komplexer. Sowohl der gegenwärtige Polizeichef des Distrikts Thane als auch der Spezialist für Disaster Management am Institut für Urban and Environmental Studies, Pore, beschreiben die Verhinderung von Ausschreitungen als ein komplexes Ineinandergreifen von teilweise drakonischen Polizeimaßnahmen. (So wurden lokale Kriminelle präventiv festgenommen.) Vor allem aber wird die Rolle der Mohalla Komitees, die zuerst in Bhivandi gegründet wurden, betont.

Es wird deutlich, daß die meisten Schuldzuschreibungen die Verantwortlichen in einem "Anderen", "Äußeren" suchen. Ob man die Ausschreitungen nun rechtfertigte oder verurteilte; nur selten konnte man hören: Es liegt an uns, an unserer Gesellschaft insgesamt, an der wir auch beteiligt sind. Überhaupt war es für viele ein eher peinliches Thema der Vergangenheit, abgesehen von den Muslimen, die sich als Opfer verstanden, und diejenigen, die sich über das Entsetzen gegenüber den Riots zum Handeln aufgerufen sahen und sich in verschiedenen Weisen für "communal Harmony" engagierten. Dominant war die Ansicht, daß die Ausschreitungen eine (schreckliche) Ausnahme in Bombay gewesen seien, und daß man schlafende Hunde doch nicht wecken solle - zwei

Ansichten, die sich eigentlich widersprechen, aber immer Hand in Hand gingen.

## **2.2. Wiederaufbau und Gerechtigkeit**

Die Haltung, das Ganze als ein Unglück auf sich beruhen zu lassen und nicht nach Verantwortlichen zu suchen bzw. diese zu belangen, bestimmte auch den Wiederaufbau.

Die Gebiete, die während der Januar-Ausschreitungen zerstört wurden, wurden von verschiedenen privaten Organisationen wieder aufgebaut. In Golibar, einem Slum in Santa Cruz East, z.B. hatte die Jamaat-i-Islami Häuser wieder aufgebaut. Von staatlicher Seite geschah anscheinend in dieser Hinsicht nichts. Auch die staatlichen Kompensationen, die an Hinterbliebene, an Verletzte, Obdachlose und solche, die ihr gesamtes Hab und Gut verloren hatten, ausgezahlt werden sollten, flossen nur spärlich. Schon die veranschlagten Summen waren eher ein Hohn als eine wirkliche Hilfe: 200 000 Rs (ca. DM 10 000.-) wurden pro Toten an die Angehörigen gezahlt. 30 000 Rs (ca. DM 1500) wurden sofort ausgehändigt und der Rest wurde als Post Office Bond für 20 Jahre festgelegt. Die Auszahlung auch dieser Beträge wurde durch unzählige bürokratischen Hürden zudem dermaßen erschwert, daß viele Berechtigte auf das Geld verzichteten. Tote, deren Leichen man nicht gefunden hatte, wurden als vermißt registriert und von Kompensation ausgeschlossen, obwohl zahlreiche Fälle, in denen Menschen verbrannt wurden, oder Leichen ins Meer geworfen worden waren, bekannt waren. Witwen wurden aufgefordert, Heiratsurkunden, Eltern Geburtsurkunden, Besitzer Besitzurkunden beizubringen, auch wenn sie demonstrieren konnten, daß alle Urkunden dem Brandschatzen zum Opfer gefallen waren.

Während der Ausschreitungen war den Opfern und den Flüchtlingen humanitäre Hilfe von verschiedenen Seiten zugekommen: Geschockte Bürger sammelten Kleider und Decken, spendeten Lebensmittel und Geld und viele engagierten sich spontan in den Hilfsorganisationen, die zum Teil neu aus dem Boden gestampft wurden. So konnte die erste Not gelindert werden. Die Muslime erwiesen sich als solidarisch, Moscheen und Schulen wurden zu

Flüchtlingslagern, gerade die dichtesten Gebiete nahmen Tausende Flüchtlingen auf.

Obwohl die Ausschreitungen große materielle Verluste verursachten, und diese nicht durch Kompensationen aufgefangen wurden, haben sich die wirtschaftlichen Auswirkungen inzwischen weitgehend nivelliert. Heute gibt es angeblich keine Spuren der wirtschaftlichen Zerstörung mehr, und sogar die wirtschaftlichen Interaktionen haben sich wiederhergestellt. Bombay scheint sich in dieser Hinsicht von anderen Städten Nordindiens zu unterscheiden, wo (systematisch) muslimisch dominierte Kleinindustrien zerstört und dann von Großbetrieben übernommen wurden. Lukrative Wirtschaftszweige wurden massiv angegriffen und fast gänzlich zerstört, wie z.B. der Holzhandel in Mahim und die Lederverarbeitung in Dharavi und hätten anschließend in die Hände hinduistischer Händler übergehen können, wie dies in Aligarh mit der Schlosserei-Industrie geschah. Doch beides hat sich nach altem Muster wieder aufgebaut. Dies ist nicht auf die gegenseitige Abhängigkeit zurückzuführen, wie sie das Teppichgewerbe in Benares kennzeichnet, wo die Ausschreitungen u.a. eine aufsteigende muslimische Händlergruppe angriff, damit aber auch die Ressourcen der (muslimischen) Zulieferer der Hindu-Händler zerstörten und wo letztendlich auch die Hindu-Händler gezwungen waren, die Verteilungsstrukturen wieder herzustellen. Vielmehr hat es in Bombay keine Versuche gegeben, Muslime aus diesen Bereichen zu verdrängen. Es gibt Ausnahmen: Der massive Angriff auf Berampada, ein Slum, das auf bestem Bauland, zentral im wohlhabenden Stadtteil Bandra liegt, hatte relativ eindeutig *auch* die Motivation, die Bewohner zu vertreiben und das Land gewinnbringend an Bauunternehmer zu verkaufen. Auch in Jogeshwari sind solche Räumungs-Interessen in den Strategien der Zerstörung offensichtlich geworden (siehe Eckert 1999).

Doch die immer wieder betonte weitgehende Restrukturierung der wirtschaftlichen Interaktionen ist die Norm. Die Rückkehr zum Status Quo bestärkt denn auch für manche die Annahme, die Riots seien eine Ausnahme gewesen. Es scheint aber eher darauf hinzudeuten, daß sie "bemessene" Gewalttaten waren, die eben nicht auf wirtschaftliche Neuverteilungen zielten, sondern - durch bloße Zerstörung - auf einen Sieg, auf eine Show der Macht und Gewalt (Eckert 1998).

Lokal mußten freilich viele Veränderungen hinnehmen. Immer wieder hört man Bemerkungen, die darauf hinweisen, daß die Zahl muslimischer Geschäfte in bestimmten Gebieten abgenommen hätte, daß man heute in bestimmten Gegenden nicht mehr einkaufen könne, sondern die Parfums für Pujas lieber an anderen Orten bezöge. Interessant ist der Fall der Besitzer von Kabelfernseh-Netzen, den Cablewallas. Die Kabel eines Cablewallas wurden schon während der Ausschreitungen gekappt. Danach konnte er sie nie wieder in das muslimische Viertel verlegen, an das sein Haus grenzte, und ein muslimischer Cablewallah übernahm das Geschäft. Die Fernsehvernetzung ist heute segregiert - was aber nicht bedeutet, daß man verschiedene Sendungen sehen würde. Nur zwischen Chembur und Dadar sind die Cablewallas fest in der Hand der Shiv Sena und senden vermehrt Videoaufzeichnungen der Auftritte von Bal Thackeray.

Wenn man konkret nachfragt, bekommt man immer wieder die Antwort, eigentlich sei wirtschaftlich alles beim Alten. Die alltäglichen Geschichten widersprechen dem. Diese Diskrepanz ist insofern erstaunlich, als vor allem Muslime ohne Zögern das Grauen der Ausschreitungen beschreiben und die Verzweiflung danach nicht herunterspielen. Warum die tatsächlichen, u.U. kleinen wirtschaftlichen Veränderungen nicht thematisiert wurden, wenn man direkt danach fragte, wurde mir nicht klar.

Manche meinen auch, den Muslimen sei durch die Verluste der Ausschreitungen der unternehmerische Geist verloren gegangen. Schon vor den Ausschreitungen wurde viel des in den Golfstaaten verdienten Geldes ausschließlich in *conspicuous consumption* investiert, anstatt langfristig wirtschaftlich produktiven Investitionen zu tätigen. Dies hat zugenommen. Auch auf die Probleme, die das Verbot von Zinsen und Versicherungen im Islam für die Verluste während der Riots bedeutete, wurde vielfach hingewiesen.

Freilich gibt es zahlreiche Einzelpersonen und Organisationen, die sich nicht nur für eine öffentliche Aufarbeitung, sondern auch eine gerichtliche Klärung der Schuld einsetzen. Aber gerade unter den Betroffenen ist die Ansicht verbreitet, daß man weder von Regierungsseite, noch von der Verwaltung oder Justiz Gerechtigkeit erwarten könne, und daß man sich besser selbst helfe, als auf die Hilfe des Staates zu warten.



Die Untersuchungen der Shri Krishna Kommission (nach dem Namen des leitenden Richters), die von der Shiv Sena - BJP Regierung nach ihrem Wahlsieg in Maharashtra 1996 ausgesetzt wurde, dann aber auf Druck der 13tägigen BJP Zentralregierung wieder eingesetzt werden mußte, ziehen sich zu sehr in die Länge, als daß sie zu einer öffentlichen Aufarbeitung beitragen könnten. Die Regierung verzögert auch weiterhin unter verschiedenen Vorwänden die Veröffentlichung des Berichts.

Ihre Arbeit wird in der nicht betroffenen Bevölkerung nicht weiter wahrgenommen. Die Berichte über die Verhandlungen werden nur in interessierten Kreisen diskutiert. Menschenrechtsaktivisten nehmen an, daß die Kommission die Untersuchung, vor allem aber die Verurteilung der Verantwortlichen eher behindern wird und von der Regierung dazu benutzt wird, Einzelklagen abzuwehren. (Dilip D'Souza) Die Aussagen von Polizeibeamten, die auf Mitglieder der Shiv Sena hinweisen, haben bisher nicht zu Gerichtsverfahren geführt. Die Klagen, die gegen Bal Thackeray erhoben wurden, wurden meist ausgesetzt oder zurückgewiesen.

Es gibt kaum Verfahren, kaum Angeklagte im Falle muslimischer Opfer der Ausschreitungen, obwohl die Opfer Namen genannt haben. Wenn diese Klagen nicht verfolgt werden, könnte es zu einem weiteren Vertrauensverlust in Staat und Gesetz besonders unter den Muslimen kommen, befürchten Sozialarbeiter. Es ist auffällig, daß im Gegensatz dazu die Klagen im Falle der Bombenanschläge und des Feuers im Rhadabhai Chawl verfolgt werden.

### **2.3. Segregation**

Das Ausbleiben einer öffentlichen Aufarbeitung ist zum einen Symptom davon zum anderen aber auch Grund dafür, daß die Gräben zwischen den Gruppen sich mit den Ausschreitungen eher vertieft haben, und eine Verständigung oberflächlich bleibt. Vorurteile und Mißtrauen bestimmen das Bild des Anderen und die Segregation hat zugenommen.

Während der Ausschreitungen flohen viele Bewohner besonders betroffener Gebiete zu Verwandten oder in Notlager in anderen Stadtteilen. Vor allem

flohen Hindus oder Muslime, die in ihrem Wohngebiet eine Minderheit darstellten in Gebiete, wo ihre Religionsgruppe die Mehrheit darstellt. Teilweise sind sie danach wieder in ihre Wohnungen zurückgekehrt, viele haben sich aber auch entschieden, in den "sichereren" Mehrheitsgebieten zu bleiben. Viele wollten schlicht nicht neben ihren Nachbarn leben, denen sie einst vertraut, und die sie dann in den Ausschreitungen angegriffen hatten. Wo muslimischer Besitz nicht verbrannt worden war, wurde er an Hindus verkauft. Die Wohnungen in "Hindu-Häusern" in muslimischen Vierteln werden vielfach zu weniger als einem Zehntel des Preises der "muslimischen Wohnungen" verkauft. Rehabilitationsprojekte für Flüchtlinge in den Vorstädten etablierten sich religiös homogen. Auch diejenigen, die ganz aus der Stadt, z.B. in ihre Heimatorte in Andra Pradesh, U.P. oder Bihar geflohen waren, wollten bei ihrer Rückkehr lieber in die Gebiete ziehen, die von ihrer Religionsgemeinschaft dominiert werden. Dieser Prozeß der Siedlungssegregation drückt sich z.B. auch in den Immobilienpreisen aus: In Immamwada, z.B., einem Chawl-Komplex im weitgehend muslimischen Bhendi Basar in South Central Bombay, gibt es 10 Wohnblocks (Chawls). Sieben davon sind muslimisch, drei sind von Hindus bewohnt. Viele der Bewohner wollen fortziehen, um sich sozial zu verbessern. Während die Chawls in den muslimischen Gebäuden 4 - 500 000 Rupien kosten, muß man für ein Zimmer in einem der Hindu-Häuser nur 30 000 Rupien zahlen. Die Preise sind dort so gesunken, weil man nicht an Muslime verkaufen will, aber auch keine Hindu-Käufer findet, die nach Immamwada ziehen wollten.

Die Segregation betrifft aber nicht nur Slums und Chawls, sondern auch vornehmere Wohngegenden, wo Housing Societies die ungeschriebene Regel überwachen, daß nicht an Muslime verkauft wird. Diese illegale Praxis findet sich in Bandra, mit einer großen christlichen Minderheit, in Juhu und in Andheri. Die ungeschriebenen Regeln, die homogene Wohnstrukturen absichern, werden von Verschwörungstheorien unterstützt, die behaupten, die muslimischen Baulöwen wollten z.B. den wohlhabende Stadtteil Bandra West von den verarmten christlichen Villenbesitzern aufkaufen und in ein Refugium für den muslimischen Mittelstand und die Upper Class verwandeln.

Die Segregation betrifft vor allem aber auch das allgemeinere Zusammenleben. Es gibt sehr wenige Mischehen (eigenen Schätzungen nach;

es gibt keine öffentlichen Statistiken). Ca. 90% der muslimischen Kinder gehen auf Urdu-sprachige und das heißt auch rein muslimische Schulen. Ca 75% der arbeitenden Muslime sind selbständig und arbeiten in eigenen (Familien-) Betrieben. Im öffentlichen Dienst sind weniger als 5 % der Beschäftigten Muslime; bei der Polizei sind es nur ca. 1% (Rafiq Zakaria, "The widening Divide"). Die meisten Menschen zählen einen oder mehrere Angehörige der anderen Religionsgemeinschaft zu ihrem Freundeskreis, aber dies überbrückt die Gruppengrenzen nicht, und in den meisten Teilen der Bevölkerung kommt die Mehrzahl der Freunde (und die engsten) aus der eigenen Religionsgemeinschaft, auch wenn Religion keine Rolle im persönlichen Leben spielt: "Ich habe muslimische Freunde. Aber an erster Stelle sind sie Muslime, dann erst sind sie Freunde. Ganz kann man ihnen nie trauen." (Kamini) (Die Ausnahme sind Upper Class Muslime, Aktivisten und Angehörige "kleiner" Minderheiten.)

Viele bestätigen, daß erst die Ausschreitungen ihren Säkularismus zerstört hätten, daß sie früher mehr Freunde der anderen Religionszugehörigkeit gehabt, sie an manchen der religiösen Feste teilgenommen hätten und daß sich heute auch jeder Ort, an dem man sich früher gemischt hätte: Parks, Restaurants etc. heute in "festem Besitz" der einen oder anderen Gruppe sei.

## **2.4. Selbst- und Fremdbilder**

Das Bild des Muslims ist relativ eindeutig und begegnet einem in immer der gleichen Form in den unterschiedlichsten Gesellschaftsgruppen. Der typische Muslim hat vier Frauen, unzählige Kinder, ist arm und ungebildet, fanatisch religiös und sieht seine Heimat eigentlich in Pakistan: "Sie wollen Indien nicht verlassen. Aber ihre Herzen sind drüben (In Pakistan.)" (Munmun). "Sie sollten sofort aus dem Land gekickt werden. Sie werden sich nie als Inder fühlen, nie. Wenn Indien gegen Pakistan Cricket spielt, jubeln sie für Pakistan"(Kamini). Die Muslime "unterminieren die indische Gesellschaft" zudem durch kriminelle Aktivitäten, und sie sind stark und männlich. Diese verschiedenen Eigenschaften werden in verschiedenen Theorien miteinander kausal verbunden. So ist der Muslim angeblich deswegen kriminell, weil sein Vater vier Frauen hatte, sein Mutter dann mittels der Talaq-Regelung verstieß und

diese nun ihre Kinder in die Kriminalität schicken mußte, um zu überleben. Oder er ist kriminell, weil er so viele Kinder hatte, daß er die Familie nur durch Kriminalität versorgen konnte<sup>5</sup>. Die vielen Kinder der Muslime werden auch immer wieder als Bedrohung für die Hindu-Bevölkerung betrachtet, denn der Hindu kann sich nicht in dem Maße wie der Muslim fortpflanzen. Dies liegt nur zum Teil am Verbot der Polygamie; zum Teil liegt es auch an der angeblich mangelnden Männlichkeit des Hindu, die immer wieder thematisiert wird.

Das Selbstbild des Hindu von den Hindus hat eine positive und eine negative Seite, die miteinander eng verbunden sind. Der Hindu ist tolerant. Er kann per definitionem nicht fanatisch oder dogmatisch sein, denn der Hinduismus ist keine Religion, sondern eine Lebensform, die alles integrieren kann. Auf Grund seiner angeborenen Toleranz ist der Hindu aber zugleich unfähig, sich selbst und seine Kultur zu verteidigen: Er ist "gutless", feige. Deswegen hat er sich von den Moghuln erobern lassen, deswegen hat er sich den angeblich überdimensionierten Forderungen der Muslime im unabhängigen Indien nicht widersetzt, deswegen sind seine Helden Leute wie Gandhi und Nehru und nicht Bose. Man muß hinzufügen, daß dieses Bild vom (zu) toleranten "gutless Hindu" ausschließlich von wirtschaftlich und sozial privilegierten Hindus geäußert wurde.

Es ist das Anliegen derer, die unter diesem ohnmächtigen Selbstbild leiden, endlich diesen "Geburtsfehler" abzuwerfen und den eigenen Mut und die eigene Männlichkeit zu beweisen. Dies geschieht, indem man "zurückschlägt", endlich die Muslime in ihre Schranken verweist, klar macht, wem Indien gehört

---

<sup>5</sup> Der weit verbreitete Glaube, die Muslime hätten eine deutlich höhere Fortpflanzungsrate (auch auf Grund der erlaubten Polygamie), der einige Hindu-Wissenschaftler dazu veranlaßt hat, Kalkulationen über das Datum anzustellen, zu dem Muslime zur Mehrheit und Hindus zur Minderheit werden würden, basiert auf undifferenzierten Statistiken. Wenn man die Mehrheit mit den Hindus des gleichen sozio-ökonomischen Milieus vergleicht, haben beide Gruppen ungefähr die gleiche Geburtenrate. Geburtsraten scheinen von der sozialen Lage und nicht von der Religionszugehörigkeit determiniert zu werden. Da die Muslime Indiens zu einem großen Teil den vom Bildungszugang ausgeschlossenen und armen Klassen angehören, und es nur wenige Muslime in der Mittelklasse gibt, gehört ein großer Teil der muslimischen Bevölkerung zu den sozio-ökonomischen Gruppen, die eine höhere Geburtenrate haben.

Die Häufigkeit der Polygamie unter Muslimen ist desgleichen weitgehend ein Mythos. Obwohl Polygamie im Hindu Personal Statut verboten, im muslimischen aber erlaubt ist, scheint sie in beiden Gruppen ähnlich häufig zu sein (Zakharia). Interessanterweise dachten die meisten der Soziologie-Studenten der Universität Bombay, Muslime machten 30% der indischen Bevölkerung aus, wo sie tatsächlich nur 11% sind (Indra Munshi).

und konfrontative Politiker unterstützt. Auch die Filmhelden siegen heute mit Bose in der Faust und nicht dem Gandhi Zitat auf der Zunge (Siehe z.B. den Film Hero No.1).

Es ist auffallend, daß es auf Seiten der Muslime kein ähnlich stringentes Fremdbild von "dem Hindu" gibt. Es klingt zwar ab und zu an, daß die Hindus "ein feiges Volk" seien, "die ihr Leben mehr lieben als ihre Prinzipien". Dies bezieht sich aber meist eher auf ein Selbstbild, daß in manchen Elementen dem Bild der Hindus vom Muslim ähnelt. Daß der muslimische Mann seinen Prinzipien treu (fanatisch/dogmatisch) und es dafür allein mit zehn Hindus aufnehmen könnte, kam in den Gesprächen zu den Ausschreitungen immer wieder zu Tage.

Meist aber spielten Stereotypen bei den Muslimen eine geringere Rolle in der Erklärung der Konflikte. Hier richtete sich die Angst oder die Wut auf den Staat, die Regierungspartei, die Polizei, die Mehrheitsgesellschaft.

## **2.5. Die Mohalla Komitees**

Eine Institution, die direkt aus der Erfahrung der Ausschreitungen hervorgegangen ist, und die sich die Überwindung des gegenseitigen Mißtrauens zum Ziel gesetzt hat sind die Mohalla Komitees. Sie beruhen auf einem Experiment, daß nach den Ausschreitungen in Bhivandi 1984 durch die Initiative des Police Commissioners Suresh Kopres durchgeführt wurde, und dort neben anderen Maßnahmen der Polizei zu friedfertigen Beziehungen der Gruppen geführt haben soll.

In vielen Gebieten Bombays, und gerade in den ausschließlich von Muslimen bewohnten, beschäftigten sich die Komitees weniger mit den Beziehungen zwischen Hindus und Muslimen, als mit denen zwischen Muslimen und der Polizei. Nach den vielen Opfern von Polizeischüssen im Dezember 1992 und der Untätigkeit bzw. der Beteiligung der Polizei bei den Ausschreitungen im Januar 1993 war das Vertrauen der Muslime in die Polizei vollkommen erodiert. (Obwohl es auch vorher nach Aussagen sowohl der Polizei als auch muslimischer Sozialarbeiter nicht stark war.) Die Mohalla Komitees

organisierten verschiedene vertrauensbildende Maßnahmen, wie Malwettbewerbe für Kinder, Tischtennistourniere für die Jugendlichen und einige wenige Diskussionsrunden für Erwachsene, um überhaupt wieder in muslimischen Gebieten arbeiten zu können. Als Tyagi zum Polizeichef Bombays ernannt wurde (mit Unterstützung der Shiv Sena, aber wohl gegen den Willen Gopinath Mundes von der BJP), organisierte er die Mohalla Komitees grundlegend um, denn er sah in ihnen die Möglichkeit, in Bombay ein bevölkerungsnahes "Policing" nach amerikanischem Muster einzuführen, und dadurch Kleinkriminalität, lokale Gangsterregime und manche Gewaltakte im Vorfeld zu verhindern. Es wurden in allen Polizeirevieren Bombays Mohalla Komitees eingerichtet, mit 50 von der Polizei ernannten Mitgliedern besetzt und monatliche Treffen vorgeschrieben.

Die Reform der Komitees verhärtete die Dominanz der Polizei in ihnen. Schon vor den Reformen konnte man beobachten, daß die Komitees dort "besser funktionierten", d.h. mehr Akzeptanz fanden und eine zentralere Rolle spielten, wo sie auf die Initiative engagierter Bürger bauten, und daß sie dort, wo sie vor allem von der Polizei am Leben erhalten wurden, nicht Fuß fassen konnten. In manchen Gebieten gab es Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den "Facilitators", Sozialarbeitern, Menschenrechtlern und anderen Personen, die sich um "communal Harmony" bemühten, über die Besetzung der Komitees. Dort, wo sich die Polizei durchsetzte, wurden die Mitglieder der Komitees vielfach als "Spitzel" verdächtigt. Von Seiten desinteressierter Polizeibeamten kam auch die Klage, daß die Komitees für die sowieso überlastete Polizei Bombays nur eine weitere Zeitverschwendung sei und der Sache viel mehr damit gedient würde, wenn man mehr Patrouillen durch problematische Nachbarschaften schicken würde. Die Komitees krankten aber auch an anderen Problemen. 1. Sie haben keine Kompetenzen, und somit nichts zu bieten; teilweise doppelten sich ihre Bemühungen auch mit denen einiger NGOs, die aber im Gegensatz zu den Mohalla-Komitees mit (ausländischem) Geld ausgestattet und mit der Verbesserung materieller Bedingungen beauftragt sind. 2. beschränkten sie sich vielfach auf Vorträge über die Notwendigkeit und die Möglichkeit interreligiöser Harmonie, auf die Richtigstellung von historischen Fakten etc., ohne aber die Gründe für Stereotypen und Vorurteile zur Sprache kommen zu lassen. 3. verkamen die Treffen vielerorts zu Ritualen

der gegenseitigen Lobhudelei zwischen Polizei und Mitgliedern. Außerhalb dieser monatlichen Rituale existierten dort die Komitees nicht.

Wo die Komitees damit begonnen hatten, sich den alltäglichen Problemen der Bevölkerung zu widmen (wie z.B. in Bandra East), stießen sie auf verschiedene Probleme: Zum einen war nun wieder die Polizei nicht zuständig für die Lösung, wie z.B. bei mangelnder Müllbeseitigung, fehlenden Wasserleitungen und sanitären Anlagen. So wollten Mitglieder des Bandra East Komitees mit Polizeibeamten zur Municipality gehen, damit die Abwasserprobleme schneller gelöst würden. Es gab nun den Vorschlag, die städtischen Abgeordneten in die Komitees miteinzubeziehen, da sich 80% der verhandelten Themen mit den Verantwortungsbereichen der Stadtverwaltung beschäftigten. Dies würde die Aufgabe der Komitees weiter verändern, weg von der Konzentration auf Gruppenbeziehungen, hin zur Bewältigung von Alltagsproblemen. Da diese Alltagsprobleme die Gruppen vielfach nicht gemeinsam betreffen, weil sie getrennt siedeln, kann man die Probleme auch nicht gemeinsam lösen, obwohl alle beteuern, daß dies die beste Strategie sei, ein Verständnis zwischen den Religionsgemeinschaften herbeizuführen.

Die Segregation in der Siedlung bedingte nun die weiteren Gräben. Vielfach stieß man auch auf ein schlichtes Desinteresse an den Komitees zum einen, und an der Kooperation mit den Angehörigen der "gegnerischen" Gruppe zum anderen. Es wurde weder die Möglichkeit, noch die Notwendigkeit einer Aussöhnung gesehen. Die Chance der Aussöhnung wurde nicht gesehen, weil das gegenseitige Mißtrauen stark ist, die Kenntnisse der "anderen" von Vorurteilen und Stereotypen geprägt sind, und "weil es immer schon so war, warum sollte es anders werden."

Die Notwendigkeit einer Aussöhnung wurde deswegen nicht gesehen, weil man sich auf einen Pragmatismus zurückgezogen hatte und "schlafende Hunde nicht wecken" wollte.

## 2.6. Pragmatische Koexistenz

Bei den Muslimen nahm dieser Pragmatismus die Form eines Rückzugs an. "Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott." Selbsthilfe war schon in dem Wiederaufbau nach den Ausschreitungen wichtig. Vielfach wurden jetzt Bildungseinrichtungen gegründet, die den Bildungsrückstand der Muslimischen Bevölkerung bekämpfen sollten. Zum Teil beruhte dies auf der Einsicht, daß die schlechte sozio-ökonomische Lage nicht nur der Diskriminierung von Seiten des Staates und der Mehrheitsgesellschaft zuzuschreiben sei. Zum anderen hatten viele nach den "Siegen" der Hindu-Nationalisten in den Wahlen und bei den Ausschreitungen keine Hoffnung mehr auf Hilfe von staatlicher Seite. So hatten auch die Selbsthilfeaktivitäten eine ambivalente Grundhaltung: Zum einen zeugten sie von Entschlossenheit, sich einen Platz in der Gesellschaft zu schaffen, zum anderen bedeuteten sie auch einen Rückzug auf sich selbst, einen Rückzug in die Gemeinschaft. Denn viele Belange gerade sozial schwacher Muslime sollten nun innerhalb der muslimischen Gemeinschaft gelöst werden: Arbeitsvermittlung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Schulen und Colleges, sogar Krankenhäuser.

Diese Institutionen sind nicht dezidiert religiös ausgerichtet, beziehen sich aber auf Muslime. Dies ist auch typisch für die gegenwärtige Verfassung der Muslime Bombays: Der Rückzug in die Gemeinschaft bedeutet auch einen Rückzug auf die sozialen Belange, eine Distanzierung sowohl von politischen als auch von religiös konfrontativen oder zumindest affirmativen Institutionen. Sozialarbeiter, Ärzte, Lehrer wurden zu wichtigen Persönlichkeiten. Lokale Führungspersonalitäten sind oft Menschen, die über ihren Beruf, z.B. als Lehrer, Geschäftsmann oder Arzt mit in das Leben der Bevölkerung involviert sind. Zu Wortführern werden sie auf Grund ihres aktiven Engagements und der öffentlichen Stellungnahme für ein Gebiet. Viele haben ein ernsthaftes Interesse an der Verbesserung des Lebensstandards. Sie leisten ihre Arbeit unentgeltlich, was bedeutet, daß nur Menschen mit unabhängigen Mitteln zu lokalen Führungspersonalitäten werden. Religiöse Autoritäten sind nur sehr selten lokale Wortführer. Manche werden von politischen Parteien angeworben. Allerdings bestehen in vielen Gebieten parallele Strukturen von religiösen Autoritäten, Parteirepräsentanten und lokalen Sprechern. Zusätzlich gibt es die



gewählten Regierungsvertreter und die Stadtverwaltungsbeauftragten. Es ist in den verschiedenen Stadtteilen unterschiedlich, wie diese kooperieren, und wofür sie jeweils die Verantwortung übernehmen. In Konflikten sucht die Bevölkerung oft die Vermittlung des Stadtratsabgeordneten oder des Parlamentsabgeordneten. Falls diese keine Konfliktlösung herbeiführen können, werden auch prominente Sozialarbeiter und Mitarbeiter von NROen eingeschaltet. Politische Parteien versuchen oft, Sozialarbeiter für die Parteiarbeit zu gewinnen.

Bezeichnend für den Rückzug der Muslime aus der gesellschaftlichen Partizipation ist die Popularität der religiösen Bewegung Tablighi Jamaat - zumindest unter den Sunniten. Die Tabligh-Bewegung versteht sich als ausdrücklich apolitisch, oder sogar anti-politisch. Sie trägt für viele den reformerischen Geist der Läuterung, der Selbst-Reformierung. Nicht nur diejenigen, die in den Ausschreitungen eine Strafe Allahs dafür sahen, daß die Muslime Indiens keine guten Muslime gewesen seien, sahen in der Tabligh eine Chance, die Probleme der Muslime zu bekämpfen, indem man sich auf die Lehren des Korans besänne und sich in einem bescheidenen, fleißigen und frommen Leben übe. Die Tablighi wurde Ende des letzten Jahrhunderts in der Gegend von Delhi gegründet, um den Rekonvertierungsbemühungen einer Hindu-Bewegung unter den Meos entgegenzuwirken.

Die reformerische und selbstbezogene Ausrichtung der Tablighi Jamaat unterscheidet sich eindeutig von dem, was Maulana Wahiduddin Khan und viele andere als die muslimische Paranoia beschreiben, und was sie für die mangelnde soziale und ökonomische Integration der Muslime Indiens verantwortlich machen.

Die verschiedenen politischen oder politisch aktiven muslimischen Organisationen vermeiden sowohl eine geeinte Linie als auch die offene Konkurrenz. Die Mitglieder des Ulema Councils in Bombay z.B., das im Januar 1993 gegründet wurde und sich zum Ziel gesetzt hat, die Muslime in "sozio-politischen Angelegenheiten zu leiten" und konstruktive muslimische Organisationen und Initiativen zu unterstützen, gehören unterschiedlichen politischen Ausrichtungen an und haben auch während der Wahl Empfehlungen für Kandidaten verschiedener Parteien ausgesprochen. "We

differ on religion, we differ on politics but we are all targeted as Muslims" (Rahmatulla).

Während kurz nach den Ausschreitungen die Wahlbeteiligung der Muslime auf teilweise 19% gesunken war, gaben bei den Wahlen zur städtischen Versammlung viele Muslime ihre Stimme der Samajwadi Partei, die sich in Bombay unter ihrem Präsidenten Abu Asim als die Vertretung der Muslime darstellte (und viele frühere Muslim League Mitglieder übernommen hatte.) Aber in vielen Gebieten wird die Samajwadi Partei als noch zu schwach gesehen, als daß man sich auf sie verlassen und von ihr wirklich profitieren könne. Viele, die Sympathien für die Partei hatten, kritisierten, daß deren Wahllisten mit besonders vielen Kriminellen besetzt seien (Abu Asim meint, dies sei zum einen Verleumdung und die meisten Klagen gegen seine Abgeordneten seien auch nie bewiesen worden; zum anderen sei es auch der *Bias* der Medien, die nur über die Vorstrafen seiner Kandidaten, nicht aber über die von Kandidaten anderer Parteien berichteten.) Viele meinten auch, die SP käme nur vor den Wahlen zu den Muslimen und würde sich sonst wenig um ihre Belange kümmern, denn im Grunde sei sie eben die Partei Mulayam Singh Yadavs und sei ganz dessen OBC (Other Backward Castes) Politik in Uttar Pradesh verschrieben.

Es ist die Frage, ob sich dies nach dem Erfolg der Partei in den Wahlen zur Stadtversammlung ändern wird, wo sie auf 21 Sitze kamen (angeblich sogar auf 35, die aber im Wahlbetrug der Sena untergingen), da die SP nun Einfluß auf die Ressourcenverteilung hat.

Auch haben sich einige Initiativen gegründet, die sich für die Solidarität von Dalits und Muslimen einsetzen und diese institutionalisieren wollen. Diese strategische Allianz könnte auch auf Interessengemeinsamkeiten zurückgreifen, die über Wahlerfolge hinausgehen, da beide Gruppen "die gleichen Feinde" haben. "Muslims need security, Dalits need power." (Feroze, Bombay 7, S.23) Allerdings können Dalits viel eher mit anderen Koalitionen Wahlerfolge erzielen, und Muslime werden sich nicht von der Unterstützung einer selbst schwachen Gruppe geschützt fühlen: "Victims don't unite" (A.A. Engineer).

Mir scheint es aus vielen Gründen zweifelhaft, ob sich eine solche Allianz längerfristig und tiefgreifender begründen läßt. Die Dalits Maharashtras sind in sich gespalten zwischen den Mahars, die die politische Konvertierung Ambedkars zum Buddhismus nachvollzogen haben, und den nicht-Mahars, die sich weitgehend als Hindus identifizieren. Die neobuddhistischen Dalits sind das neue Feindbild Bal Thackerays. Aber auch sie haben sich an den anti-muslimischen Ausschreitungen beteiligt.

Nicht einmal eine strategische Allianz ist im Moment naheliegend. Die politischen Kräfte der Dalits, die eine solche eingehen könnten, gewannen in den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung keine Sitze. Von den 18 für Dalits reservierten Sitzen gewann die SS-BJP Koalition 11 Sitze. 31,4% der Dalits stimmen für die Congress Partei. Auch in den Municipal Elections schnitten die Dalit-Parteien schwach ab. Nur in einer gut geplanten Koalition mit Congress und SP in den Wahlen zum Bundesparlament im Februar 1998 konnte die RPI (Republican Party India) der Dalits unerwartet vier Sitze gewinnen. Während die Samajwadi Partei unerwartete Erfolge in der Wahl zur Stadtversammlung erzielte, kann sie dies bisher nicht auf die ländlichen Regionen Maharashtras ausweiten. S. Pulshikar nimmt sogar an, daß die Stimmen der muslimischen Minderheit ihre Bedeutung verloren hätten, und die Muslime daher in der Politik Maharashtras noch weiter marginalisiert würden (S. Pulshikar, EPW 1996, No. 2&3, S.177/178).

Die Jamaat-i-Islami ist zwar nicht apolitisch, aber antidemokratisch und steht deshalb außerhalb des Parteienspektrums: Sie stellt keine Kandidaten für die Wahlen auf. Sie bleibt als Organisation im Hintergrund, doch ihre Mitglieder engagieren sich in den verschiedensten Zusammenhängen. Sie findet dort Sympathisanten, wo sie sich für die Belange der Bevölkerung einsetzte, wie z.B. in den Gebieten, wo sie maßgeblich den Wiederaufbau von Häusern nach den Ausschreitungen finanzierte und organisierte. Auf die Frage, ob denn die Jamaat eine politische Alternative zu den korrupten Parteien sein könnte, meinte allerdings die meisten, daß sogar die Jamaat korrumpiert würde, hätte sie Macht in den Händen. In der Ablehnung der Demokratie steht ihr das SIMI (Student Islamic Movement of India) nahe, das sich u.a. um die Konvertierung von Dalits und Adivasis zum Islam bemüht, aber kaum Sympathisanten findet.

Ihre Lösung für den Konflikt zwischen Muslimen und Hindus ist die Konvertierung aller zum Islam.

Vom Congress hatten sich viele Muslime vorerst verabschiedet, denn in dieser Partei sieht man den eigentlich Schuldigen, den Verräter an den Muslimen Indiens. Mit der Shiv Sena hingegen wisse man wenigstens, woran man sei. Zur Shiv Sena Regierung entwickelten viele Muslime eine pragmatische Einstellung. Die meisten, die die Shiv Sena für die Ausschreitungen verantwortlich machten, waren sich einig, daß die Partei, wo sie jetzt in der Regierung ist, kein Interesse an Gewalt hätte, und daß man deswegen mit der Shiv Sena an der Macht sehr viel sicherer sei, als wenn sie in der Opposition wäre. Die Shiv Sena verweist, wie die BJP, immer wieder gerne auf die Friedlichkeit ihrer Regierungsperiode: Wenn wir regieren, gibt es keine Ausschreitungen. Dies kann freilich auch, wenn man die Logik umdreht, als Drohung aufgefaßt werden. Das pragmatische Arrangement vieler Muslime mit der Shiv Sena ging bei einigen so weit, daß sie der Shiv Sena beitraten, oder doch wenigstens ihre Kandidaten bei der Wahl unterstützten. Sie begründeten dies damit, daß man nur über die Shiv Sena Zugang zu den städtischen Finanzen, den Ressourcen der Regierung hätte, und daß die Shiv Sena als einzige Partei fähig wäre, infrastrukturelle Verbesserungen durchzuführen. Allerdings haben muslimische Mitglieder der Shiv Sena auch Drohungen erhalten und der "Vorzeigemuslim" der Partei, Bakerywalla, wurde im Frühjahr umgebracht. Die Polizei nimmt an, daß er auf Grund seiner engen Verbindungen zur Shiv Sena von einem Einzelgänger ermordet wurde. (Es gab in dieser Hinsicht auch ein Bekennerschreiben.) Shabir Sheik, der Arbeitsminister der Shiv Sena Regierung, ist anscheinend von solchen Anfeindungen und Bedrohungen verschont geblieben. Dies wurde mir gegenüber damit begründet, daß seine Zugehörigkeit zur Sena mit seiner regionalen und kulturellen Herkunft aus der Konkan-Region, der "Heimat" der Stammwähler der Shiv Sena, erklärt werden könne. Er sei eben mehr Konkan Maharashtrier als Muslim.

Aber in den unteren Rängen der Sainiks traut man den Sena-Muslimen wenig: "Basically we cannot trust them" (Mrs. Manker).

Auch auf Seiten der Nicht-Muslime ist ein gewisser Pragmatismus zu sehen. Zum einen war auch hier ein Desinteresse an Politik und politischer Partizipation, vor allem aber an radikaler Mobilisierung zu vermerken. Warum es gegenwärtig nicht zu Gewalt kommt, führt P.P.Jamkhedkar auf veränderte politische Konstellationen zurück. Zum einen sei Ayodhya für die Hindutva Parteien ein Desaster gewesen, denn ohne die Diskreditierung durch die Ausschreitungen wären sie schon bei den Parlamentswahlen 1996 an die Macht gekommen. Die BJP milderte ihre kommunalistische Rhetorik und lancierte den mit einem moderaten Image auftretenden Vajpayee, um die Wahlen zum Parlament zu gewinnen, was ihr damals nur knapp mißlang. Diese Strategie war nicht nur in den strengen Auflagen des Wahlkommissars Seshan begründet, der kommunalistische Wahlpropaganda ahndete. Militante Mobilisierung, die zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen könnte, hatte sich vorerst disqualifiziert. Am deutlichsten drückt sich dies im vollkommenen Fehlschlag der VHP (Vishwa Hindu Parishad - Welt Hindu Rat) aus, Unterstützung für ihre Kampagnen zum Kashi Tempel in Varanasi und in Mathura zu mobilisieren. Auffällig ist auch, daß heute nicht nur die mitte-links Politiker, sondern auch die BJP-Abgeordneten politische Gegner mit dem Vorwurf des Kommunalismus zu diffamieren versuchen. Kommunalismus ist - oberflächlich - zu einem Schimpfwort geworden. Gleichzeitig verzeichnen aber die Hindutva Parteien und deren Verbündete landesweit Wahlerfolge. Auch hat Hindutva als Ideologie nichts an Aggression und Unterstützung verloren. Mit den veränderten politischen Bedingungen gehen keine gesellschaftlichen Veränderungen einher. Disqualifiziert haben sich nur das Chaos und die Zerstörung durch Ausschreitungen, nicht aber deren Ideologie.

Auch die Shiv Sena mußte auf die veränderte Stimmungslage Rücksicht nehmen und rechtfertigt heute z.B. die Ausschreitungen nicht mehr ausdrücklich - vor allem allerdings um der gerichtlichen Ahndung zu entgehen. Sie hat die Gruppe feindlicher Muslime auf illegale Einwanderer und "pakistanische Agenten" eingeschränkt und gleichzeitig den "guten Muslim" entdeckt.

Das Bedürfnis, die Versöhnung der Religionsgruppen zu zelebrieren, geht einher mit einem ungeminderten Bezug auf das Vorrecht der Hindus auf Indien und der Verteidigung Bharats vor dem Ansturm des Fremden. Der Rückzug von der Identitätspolitik bleibt offensichtlich oberflächlich.

Man kann also festhalten, daß durchaus konfrontative Politiker Unterstützung finden, diese aber auf Gewaltfreiheit und "Ordnung" festgelegt werden. Dies unterbindet die Radikalisierung über interne Konkurrenz. Die Bremse der "öffentlichen Meinung" stärkt die Gruppenkohäsion. Ohne die Kanäle der Kommunikation und die Mittel der Einflußnahme über die Macht der Wählerstimme bisher genau nachzeichnen zu können, wird es doch augenscheinlich, daß die Eliten auf die ambivalente Haltung ihrer Wähler, die zwischen virulentem Feindbild und dem Wunsch nach Ruhe und Ordnung (oder Law and Order) schwanken, Rücksicht nehmen.

Die Disqualifizierung von Gewalt kann also durchaus zu friedliche Koexistenz führen, ohne eine Veränderung der Gruppenbeziehungen zu bedeuten. Für viele ist dies auch erst einmal genug: "The basic feelings you cannot change. But it is better to live in peace, under law and order" (Mr. Jamkhethkar).

## **2.7. Politische Krise**

Die Bewältigung von Alltagsproblemen und den Problemen der Millionenstadt wurde allgemein als die vorrangige Aufgabe der Politik betrachtet. Politik schien aber genau das nicht zu leisten. Vielmehr erschienen die Parlamente als Arenen streitender, konkurrierender Nichtstuer. Die Verwicklung von Politikern aller Parteien in Skandale und Korruptionsaffären hat das Bild der Volksvertreter geprägt: Politik ist ein unsauberes Geschäft, bei dem es nur um die eigene Bereicherung geht. Auch lautere Absichten werden über kurz oder lang korrumpiert, und ehrliche Menschen gibt es nur außerhalb der Politik.

Aber nicht nur korrupte Praktiken machen Politik zu einem schmutzigen Geschäft; die enge Verknüpfung von Parteien und der Mafia, von den Allianzen bestimmter Parteipolitiker mit den Dons lassen die Grenzen zwischen Politik und kriminellern Unternehmertum verschwimmen. Dieser sogenannte "Nexus" ist nicht neu, hat sich aber in den letzten Jahren in der Form intensiviert, daß viele Kriminelle Einzug in die Listen der Parteien hielten. Nicht nur in Lokalwahlen finden sich heute die kleineren "Bosse" als Kandidaten der verschiedensten Parteien. Die "Dons" verlassen sich heute nicht nur auf ihre

klandestinen Allianzen, sondern entwickeln selber politische Ambitionen, denen auch von den Parteien stattgegeben wird. Dabei sind es eher die kleinen Bosse, die sich der Politik widmen, und es läßt sich keine systematische Unterwanderung der Parteien durch die Gangs ausmachen.

Nichtsdestotrotz hat das Phänomen der zahlreichen Kriminellen in der Politik entscheidende Auswirkungen auf die Demokratie. So beichtete mir die eine Partei, sie hätte in einem Gebiet deswegen einen "Goonda"(Krimineller, Gangster) aufstellen müssen, weil der allein sich mit seinem Drohpotential und Waffenarsenal gegenüber dem Goonda der anderen Partei durchsetzen könnte und auch die Wähler damit vor Einschüchterungen "schützen" könne.

So wird das staatliche Gewaltmonopol immer weiter unterminiert. Schon lange bedienen sich die Parteien in den Wahlen der Dienste lokaler Gangster. Auch die Industrie und das Dienstleistungsgewerbe zahlen ihre Abgaben. Die Filmindustrie wird vor allem von - dadurch gut gewaschenem - Schwarzgeld finanziert, was in letzter Zeit allerdings zu Anschlägen und Morden führte, die Regisseure und Schauspieler in Angst und Schrecken versetzten. Der eine Anschlag wurde auf Grund der Verweigerung der Auslandsrechte an einem Film ausgeübt. Die "Dons" der organisierten Kriminalität expandieren auch in legalen Wirtschaftszweigen (neben dem Film auch die Baubranche, Reiseunternehmen etc.), setzen aber auch dort, wie eben die Geschäftsmänner, die sie vorher beschäftigten, die ihnen eigenen "strong arm tactics" ein. Dabei übernehmen verschiedene "Unterbosse" die verschiedenen "Ressorts" der Korporation. Die täglichen "supari killings", Auftragsmorde sind vor allem auch den privaten Schutzdiensten zu Gute gekommen. Ob die sich aber von den kriminellen Gangs (personell) unterscheiden, ist nicht deutlich. Neben Drogen und Waffen sind heute die Schutzgelder die Haupteinnahmequelle der Gangs.

Die Polizei geht drastisch vor: *Encounter Killings* oder meist: *Fake Encounter Killings*, bei denen angebliche Kriminelle bzw. Angehörige der kriminellen Gangs in einem Feuergefecht erschossen werden, wurden offiziell als Strategie anerkannt, die Gangs zu eliminieren. Später zog sich der Pressesprecher der Polizei allerdings wieder auf die Position zurück, die Polizei schösse nur in Notwehr. Erwiesen ist aber, daß regelrechte Exekutionen nach erfolgreichen Verhaftungen durchgeführt wurden (Siehe CPDR Berichte 1997 und 1998).

Doch die Position, daß die Polizei ein Recht habe, Kriminelle schlicht zu erschießen, findet in der Öffentlichkeit große Akzeptanz; dies obwohl angeblich über 50 % der Opfer von solchen Polizeikugeln Unschuldige sind (P.A. Sebastian).

Abgesehen von den Fehlschlägen ist es aber auch deswegen fraglich, ob die Scharfschützenstrategie der Polizei das Machtmonopol des Staates wieder gewinnen kann, weil auch sie einen "Nexus" mit der Mafia eingegangen ist.

Wo die Zeitungen voll sind von Korruptionsaffären, Mafiamorden und Polizeiskandalen, wo jeden Tag das Versagen der Verwaltung, der Polizei und der Politik, sowie die Ohnmacht des Bürgers augenscheinlich zu werden scheinen, ist der Traum vom starken Führer weit verbreitet. Er hat unterschiedliche Namen: T.N. Seshan, Bal Thackeray, Hitler oder der Philosophen-Herrscher Ram Raj.

Durch die Kriminalisierung der Politik delegitimieren sich aber nicht nur die Politiker und Parteien, sondern der gesamte demokratische Prozeß: Debatte, alternative Konzepte, Meinungsverschiedenheiten werden als Produkt der Parteienkonkurrenz gesehen, die nur der Bereicherung dient. Die Illusion eines "wahren Weges", einer einzigen, allgemeingültigen Lösung für die Probleme Indiens besteht über die doch so augenscheinlichen Interessengegensätze hinweg.

Dies gilt freilich nicht für diejenigen, und das ist wahrscheinlich die Mehrheit der indischen Bevölkerung, die erst jetzt eine eigene Stimme in der indischen Demokratie gewinnen, die eine Politisierung und politische Organisation zu Wege bringen, die sie aus ihrer vorherigen Rolle als "Vote-Banks" befreit. Die Vervielfältigung der politisch artikulierten Interessengruppen, der Positionen und Forderungen, die Ausdehnung der Demokratisierung und die neuen Mehrheiten sind es aber genau, die wiederum die Hoffnung auf die klare Antwort angesichts der Probleme wecken.

Für viele bietet die Shiv Sena mit ihrem Aktionismus und der Losung "we want to get things done" (ohne darüber zu diskutieren) eine solche eindeutige



Lösung und die Überwindung von politischen Streitereien, bei denen immer die verlieren, die vom staatlichen Funktionieren besonders abhängig sind.

### **3. Die Shiv Sena**

Die Shiv Sena ist Partei und Bewegung zugleich. Ihr Programm ist die Tat, ihre Methode die Aggression/Gewalt, ihr Stil ein anti-Establishment-Populismus.

Die Shiv Sena wurde 1966 gegründet. Sie widmete sich zu Anfangs den Anliegen der maharashtrischen Arbeitnehmer und protestierte für eine "Son of the Soil" Politik. Wesentlich für ihr Entstehen war aber auch die Protektion durch die regierende Congress-Partei, die sie gegen die kommunistischen Gewerkschaften einsetzte und die Finanzierung durch das Management der Industrie, für die sie als Streikbrecher fungierte.

Den Antikommunismus hat die SS nie aufgegeben, aber sie verlagerte ihre Agitation im Zuge ihrer "Son of the Soil" Politik auf einen Feldzug gegen südindische Migranten. Die kommunalistische, antimuslimische Plattform hat sie erst spät entdeckt.

Bestimmt wurde ihr Stil immer von einer aggressiven Feindbildpolitik, der Kompromißlosigkeit suggerierte und Gewalt einsetzte, der aber auch immer wieder vor der Verantwortung zurückscheute. Adressat ist "der kleine Mann von der Straße". Schon in der Kleidung, in der Wahl der Autos, im Geschmack grenzt man sich ab von der Pseudoaskese des nehruvianschen Establishments: kein "Swadeshi", sondern Importprodukte, kein ethno/tribal/rural/handicraft/look, sondern bunter Terrycotton. Die Distanzierung von der Gandhi/Nehru Tradition, von der Gewaltlosigkeit, der Askese, vom Khadi (die handgesponnene Baumwolle, die für Gandhi Symbol der Selbstversorgung und Unabhängigkeit war) beinhaltet in dem Versuch, ein anderes Bild vom modernen Indien zu propagieren, immer auch ein ambivalentes Verhältnis zum Westen. Lata Mangeshkar, der Megastar der südasiatischen Popmusik und Michael Jackson, das Pendant des Westens, füllten mit ihren Konzerten gleichermaßen die Kassen der Shiv Sena.

Die Shiv Sena verbindet erfolgreich ihre Regierungsrolle mit einem parastaatlichen Apparat, der in vielen Gebieten Bombays den Staat ersetzt, polizeiliche Funktionen übernimmt, die Judikative stellt, Sozialdienste bereitstellt und generell für "Law and Order" sorgt. Sie nennt sich die "Armee Shivajis", des Marathen Kriegerkönigs, der im 18. Jahrhundert erfolgreich die Armee Aurangzebs in Schach hielt. Ihre Mitglieder nennen sich "Sainiks", Soldaten. Sie ist lokal in "Shakas", Zweigen bzw. Ortsgruppen organisiert. Davon gibt es ca. 210 mit insgesamt 40 000 Aktivisten (in "Gatashakas organisiert, deren es ca. 1000 gibt). Hier organisiert sich Beheimatung, Solidarität und Identität.

Die Shiv Sena ist hierarchisch durchstrukturiert, vom einfachen Sainik über den Gata-Pramukh zum Shaka-Pramukh bis in die höheren Ränge der Organisation. Letztendlich gilt die Loyalität allein ihrem Führer Bal Thackeray. Die meisten Anhänger, seien es einfache Sainiks, Shaka Pramukhs oder Mitglieder der höheren Ränge der Shiv Sena, meinten, einen direkten Zugang zur Thackeray Familie, eine persönliche Beziehung zum Supremo zu haben. Dabei ging man nicht davon aus, daß dies selbstverständlich sei. Nein, es war jeweils ein ganz besonderer, nur dieser Person eigener Zugang zu Bal Thackeray. Über Ziele und Meinungen befragt, meinten die meisten Sainiks: Nur Balasaheb kann es wissen, nur Balasaheb, der Kosenname Bal Thackerays, kann entscheiden. Die Reflexion über ideologische Fragen hatte keinen Stellenwert, man sah sich der Tat und der Erledigung von Aufgaben verpflichtet. Antiintellektualismus wurde betont; mit Stolz beriefen sich einige auf die Effizienz, mit der Dinge "erledigt", Ziele erreicht würden, mit Stolz verwies man auf die Militanz, auf den Einsatz von Gewalt, auf die Furcht der anderen, die sich der Sena nicht widersetzen könnten. Besonders unter den Frauen der Sena kam der Aspekt der Ermächtigung und Selbstbehauptung durch die Ausübung von Gewalt bzw. die Angst der Gegner zur Geltung. Die Aktivitäten des Frauenflügels und der Frauen-Shakas konzentrierten sich hauptsächlich auf die "Schlichtung" bzw. das Richten in familiären und nachbarschaftlichen Streitigkeiten, schlossen aber auch Aktionen zur Unterstützung der Sainiks ein, bei denen Gegner verprügelt, ihre Häuser und Büros verwüstet und laut und nicht immer gewaltfrei protestiert wurde. Ganz ausdrücklich wurde auf die neue Frauenrolle hingewiesen, auf die Eigenständigkeit des Frauenflügels der Sena, auf die Militanz, das

Selbstbewußtsein und die Schlagkraft der Sena-Frauen, die sie nicht nur von der "traditionellen" indischen Frau unterscheidet, sondern auch von den Frauen anderer politischer Parteien. Diese spezifische Form des Empowerment ist aber immer eine Gnade, ein Geschenk von Balasaheb; ihm hätten die Frauen ihre neue Rolle zu verdanken.

Neben dem "wir-sind-doch-wer" Pop, der sich sowohl auf das indische Establishment als auch auf den Westen bezieht, ist Gewalt also ein wesentliches Element der Identität und der Politik der Shiv Sena (siehe Eckert 1998). Bal Thackerays ist stolz darauf, daß die Shiv Sena militanter, gedrillter und schlagkräftiger sei als selbst die RSS (die Kooperation zwischen der Shiv Sena und den Ablegern der RSS, wie der BJP, ist nicht frei von Differenzen). Gegner werden zusammengeschlagen, Zeitungen, Bilder und Bücher verbrannt, Fenster eingeschmissen, Hausbesitzer oder störende Mieter werden umgebracht, Waren gekapert und in Robin Hood Manier weiterverteilt, ohne daß damit über den kurzfristigen Aktionismus hinaus gegen die Verteilungsstrukturen, Preissteigerungen oder andere "Ungerechtigkeiten" am kleinen Mann angegangen würde.

Alles paßt ins Bild vom konfrontativen Politiker, der sich nicht an die Normen, und noch viel weniger an den Stil des politischen Establishments anpaßt. Das, was genau dieses politische Establishment delegitimieren kann, delegitimiert deshalb die Shiv Sena nicht. Andere Maßstäbe werden an sie angelegt, und die Bedingungen der Unterstützung unterscheiden sich von denen anderer politischer Parteien. Die politische Krise und die Delegitimierung der Politik durch die zahlreichen Korruptionsaffären hat die Shiv Sena daher bisher weniger betroffen. "Saubermänner" (oder Frauen) aus den eigenen Reihen, schienen die Shiv Sena für kurze Zeit in Bedrängnis bringen zu können. Bei diesen Gegeneliten handelt es sich aber meistens um Außenstehende, die keine Organisationsbasis haben, und deren Unterstützung durch die Sympathisanten der Sena auch eher auf eine Kurskorrektur als auf einen Elitenwechsel zielt. Solche Formen, Unzufriedenheit mit der Sena-Führung oder ihrer Politik auszudrücken, verschwinden leicht im Meer des Populismus.

Es ist noch nicht abzusehen, welche Auswirkungen die Konkurrenz durch die Akhil Bharatia Sena (ABS) haben wird, die unter der Schutzherrschaft von

Unterwelt-Boss Arun Gowli steht. Diese Partei wurde erst 1996 gegründet und vermochte schon im Juni 1997 eine Demonstration mit 10 000 Teilnehmern und Unterstützern durch die Straßen Bombays zu schicken. Viele davon waren Sainiks, und es ist nicht klar, ob ihr Seitenwechsel dauerhaft ist oder nur eine kurzfristige Protestaktion war. Dies wird auch von den Fähigkeiten Arun Gowlis und der Parteivorsitzenden abhängen, die Partei durch die in den Mafiastrukturen schon etablierten Patronagenetze zu einer lokalen Korporation zu machen, die ihren Mitgliedern die selben Sicherheiten bietet wie die Sena. Während die wirtschaftlichen Aktivitäten Arun Gowlis durchaus viele versorgen können, ist es fraglich ob die ABS eine ähnliche identitätsstiftende Rolle spielen kann wie die Shiv Sena. Es fehlt ihr dazu nicht nur eine dem Regionalismus der Shiv Sena vergleichbare Plattform und die daraus resultierende Unterstützung der Oberkasten und Mittelklasse, die zur Legitimierung des Aktionismus der Shiv Sena unabdinglich war, sondern auch der charismatische Führer. In diesem Sinne kann es Arun Gowli nicht mit Bal Thackeray aufnehmen. Zumindest hat die Shiv Sena die Herausforderung in dem Sinne ernst genommen, als danach ein massiver Angriff der Polizei auf die Gang Arun Gowlis durchgeführt wurde, bei dem zahlreiche Mitglieder der Gang, u.a. die "rechten Hände" Gowlis, Opfer von Polizeischüssen wurden. Die Polizei hatte sich in ihren sporadischen Eliminierungsfeldzügen vorher auf andere Gangs (Chhota Rajan) konzentriert. Obwohl die Arun Gowli Gang die zahlenmäßig größte Gang Bombays ist, ist sie mit Waffen weniger gut ausgestattet und wird so u.U. den Angriffen der Polizei nicht standhalten. Wenn aber das Mafiaimperium Gowlis zusammenbricht, wird er auch nicht mehr die Rolle des lokalen Patrons spielen können und die ABS wird ihren Anhängern wenig zu bieten haben.

Viele weisen aber darauf hin, daß die Anfänge der Shiv Sena ähnlich gewesen seien und daß vor allem die Patronage durch andere politische Kräfte ausschlaggebend für den Erfolg von "Hooligan-Parteien" sei. Hier vermutet man, wie schon Ende der 60er Jahre für die Shiv Sena, die Hand des Congress.

Obwohl Gewalt ein zentrales Kohäsionsmittel der Shiv Sena ist und die Shiv Sena nicht wie andere Parteien ein moderates, integratives Image an den Tag legen muß, befürworten auch viele Shiv Sena Anhänger nicht die gewalttätige

Eskalation. Die Shiv Sena hat ohne die weitverbreitete Moderation die Wahlen in Maharashtra gewonnen (allerdings mit dem Slogan "Brot, Kleider und Häuser" - mit dem schon die unterschiedlichsten südasiatischen Politiker antraten - und populistischen Wahlversprechen). Ihr Rückzug von den Stellungnahmen zu den Ausschreitungen ist aber wohl eher dem Anliegen geschuldet, der gerichtlichen Ahndung zu entgehen. Sie hat die Gruppe feindlicher Muslime auf illegale Einwanderer und "pakistanische Agenten" eingeschränkt und gleichzeitig den "guten Muslim" entdeckt. Thackeray veranstaltete dieses Jahr eine große Iftar-Feier, und stand damit in Nichts den Politikern in Delhi nach, die alle Friede-Freude-Eierkuchen feierten und ihre angebliche säkulare Glaubwürdigkeit zur Schau stellten.

Dies entspricht der Stimmung der "Anhänger", die das Chaos der Unruhen im Gedächtnis, aber ihre Feindbilder in keiner Weise revidiert haben. Durch den "Sieg" läßt es sich mit der angeblichen Bedrohung durch die Muslime gut leben. Die konfrontative Rhetorik der Sena-Führer, die Schlagkraft und der Aktionismus der Sena sind immer noch das, was man an ihr schätzt: "They might not think much, at least they do something and they don't cow down" (Mrs. Tandon).

Der Shiv Sena Führung gelingt es bisher, die Balance zwischen der erwarteten "Selbstbehauptungsrhetorik" und dem Bedürfnis nach Ordnung zu halten. Ihr Extremismus hat noch keine Splittergruppen hervorgebracht, die interne Konkurrenz durch weitere Radikalisierung verfolgen, wie es in anderen regionalistischen und partikularistischen Bewegungen geschah (Punjab, Assam etc.) (Im Gegensatz zur BJP hat die Shiv Sena anfängliche Bestrebungen einzelner "Familienmitglieder", sich gegenseitig auszustechen, erfolgreich unterbunden.)

Die Partei Shiv Sena braucht Ruhe und Ordnung in ihrem Staat und verweist gerne auf ihre von Frieden gekennzeichnete Regierungsperiode. Die Bewegung Shiv Sena braucht aber, mangels anderer bindender Elemente, die gewalttätige Auseinandersetzung mit dem Feind. Das Feindbild und die aggressive Aktionismus ist für Identität und Mobilisierung der Sena-Anhänger zentral.

Die Unverhandelbarkeit des Konflikts liegt im Wesen der Shiv Sena begründet. Die Shiv Sena hat kein Ziel und so läßt sich auch keine Lösung verhandeln. Die verschiedenen "Anliegen", für die sie kämpft, die Anlässe, die Zusammenstöße auslösen, sind austauschbar und können, wenn sie "erledigt" sind, durch andere ersetzt werden. Wichtig für die Shiv Sena ist der schwelende oder offene Konflikt, denn der Sena Ziel ist die Bewegung, und damit die Bewegung in Bewegung bleibt, braucht sie den Kampf. Ohne den Konflikt hätte sie keinen Sinn. Und so hat sie im Verlauf ihrer Geschichte immer wieder die Feindbilder und den Konfliktgegenstand gewechselt.

Sie läßt sich damit ideologisch auch nur begrenzt festlegen. Positionen orientieren sich an populären Diskursen, formulieren diese radikal und konfrontativ, zugleich aber vage bzw. offen für Interpretationen: "Our programme is to get things done and our method is force" (Mr. Vaikar). Verhandlung ist auch deswegen nicht im Sinne der Shiv Sena, als sich ihre "Ideologie" eben genau auf die Feindschaft, die Konfrontation und die Kompromißlosigkeit reduzieren läßt.

Die zu Feinden Ernannten haben allerdings die eine Gemeinsamkeit, daß sie meist vage definiert und schwach (schwächer als die Shiv Sena zumindest) sind. Damit kann die Sena je nach Opportunität definieren, wer zu diesem Feind gehört, und sie kann sich des Sieges oder zumindest eines gewissen Erfolges gegenüber ihrem von vornherein unterlegenen Gegner sicher sein. Die Erfolgsgewißheit ist für die "Befriedigung" der Anhänger wichtig und scheint die für die Mobilisierung funktionale Bedrohungskonstruktion nicht zu widerlegen.

### **Zitierte Literatur**

- CPDR (Committee for the Protection of Democratic Rights), 1993. "The Bombay Riots: The Myths and Realities." Bombay: CPDR.
1997. The autumn of the Patriarch: Bal Thackeray's Remote Control Tyranny in Maharashtra. Bombay: CPDR.
- Daud S.M. und Suresh, H. 1993. The Peoples Verdict. Bombay: Indian People's Human Rights Commission.
- Eckert, Julia 1998. Die Gewalt der Aktion: Die Macht der Shivsena in Bombay. In: Koehler, J., Heyer, S. (Hg.). Anthropologie der Gewalt. Berlin: Wissenschaft und Forschung: 131-48.
1999. Land und städtische Unruhen, oder: Warum "der Mob" sich schlägt. In: Alber, Erdmute, Eckert, Julia, Elwert, Georg (Hg.): Prozesse und Institutionen der Konfliktschlichtung in Bodenkonflikten. Eschborn: GTZ.
- EKTA Samiti, Bombay 1993. Bombay's Shame. Bombay: Ekta Samiti.
- Padgaonkar, Dileep (Hg.) 1993. When Bombay burned. New Delhi: UBS.
- Palshikar, Suhas 1996. Capturing the Moment of Realignment. In: Economic and Political Weekly, 13. - 20. 1. 1996: 174 - 178.
- Zakaria, Rafiq 1996. The widening divide. New Delhi: Penguin.